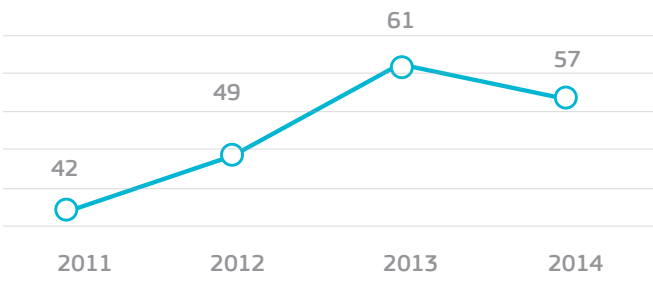


# Kontrolle der Anwendung des Unionsrechts

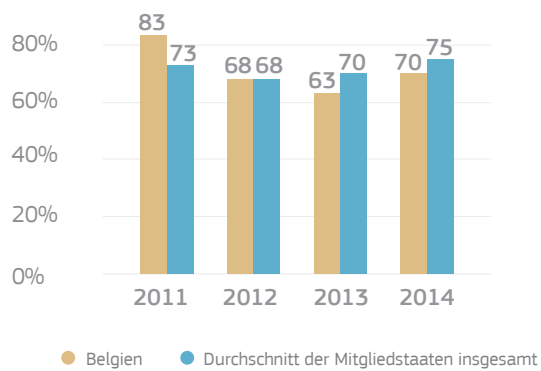
## Jahresbericht 2014

Die Zahl der neuen Beschwerden gegen Belgien ist im Jahr 2014 erheblich gestiegen. Nach einem Höchststand im Jahr 2013 ging die Zahl neuer EU-Pilot-Verfahren gegen Belgien leicht zurück. Insgesamt stieg die Zahl anhängiger Vertragsverletzungsverfahren zum ersten Mal seit 2010 wieder an. Die Zahl neuer Vertragsverletzungsverfahren wegen verspäteter Umsetzung stieg im Jahr 2014 zum ersten Mal seit 2011 erheblich an.

Neu eröffnete EU-Pilot-Verfahren

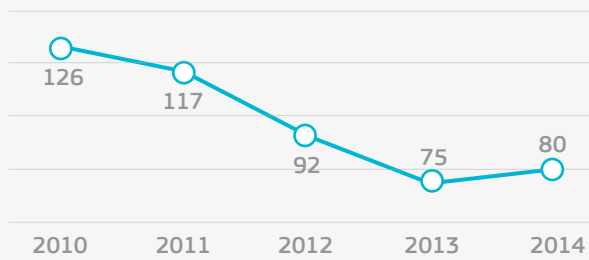


EU-Pilot-Verfahren: Entwicklung der Lösungsquote



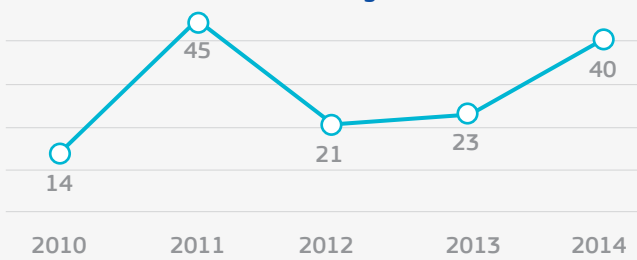
### VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN

#### Am 31. Dezember anhängige Vertragsverletzungsverfahren

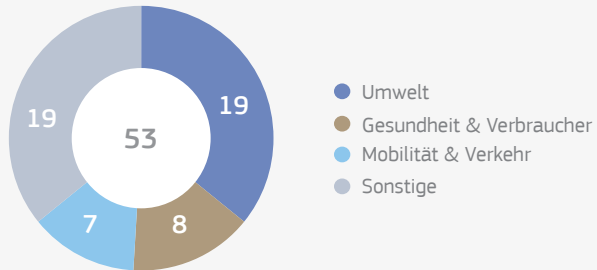


### UMSETZUNG VON RICHTLINIEN

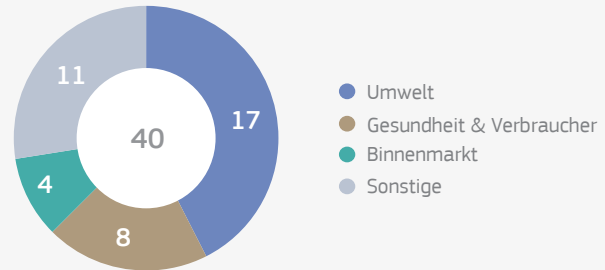
#### Neue Vertragsverletzungsverfahren wegen verspäteter Umsetzung



53 neue Vertragsverletzungsverfahren im Jahr 2014:  
wichtigste Politikbereiche



40 neue Vertragsverletzungsverfahren wegen verspäteter  
Umsetzung im Jahr 2014: wichtigste Politikbereiche





## Der Gerichtshof entschied, dass

- Belgien gegen das EU-Recht verstoßen hat, weil es Angehörige bestimmter Berufsgruppen (Zahnärzte und Heilgymnasten) vom Anwendungsbereich des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken<sup>1</sup> ausgeschlossen hat, indem es diesen Beschränkungen bezüglich der Ankündigung von Preismäßigungen auferlegt hat, und weil es Haustürgeschäfte für Waren im Wert von über 250 EUR verboten hat;<sup>2</sup>
- Belgien es versäumt hat, die angemessene Sammlung und Behandlung von kommunalem Abwasser sicherzustellen<sup>3</sup>. In einem Vorabentscheidungsverfahren entschied der Gerichtshof, dass die Mitgliedstaaten die Anbieter elektronischer Kommunikationsnetze oder -dienste aufgrund des Vorhandenseins von für ihre Tätigkeit erforderlichen GSM-Masten, -Stützen oder -Antennen auf öffentlichem oder privatem Grund zu einer allgemeinen Abgabe auf Niederlassungen heranziehen dürfen.
- Die Mitgliedstaaten dürfen die Anbieter elektronischer Kommunikationsnetze oder -dienste aufgrund des Vorhandenseins von für ihre Tätigkeit erforderlichen GSM-Masten, -Stützen oder -Antennen auf öffentlichem oder privatem Grund zu einer allgemeinen Abgabe auf Niederlassungen heranziehen.
- Die Mitgliedstaaten dürfen keine Steuerregelungen anwenden, die unterschiedliche Methoden zur Bewertung der Einkünfte aus Immobilien vorsehen, wenn nur die höhere Bewertung des vergleichbaren ausländischen Einkommens zu einer höheren Besteuerung führt<sup>4</sup>.
- Die Mitgliedstaaten müssen die Grundbedürfnisse von Drittstaatsangehörigen, die sich illegal auf ihrem Hoheitsgebiet aufhalten, nur soweit befriedigen, wie dies notwendig ist, um die medizinische Notfallversorgung und unbedingt erforderlichen Behandlung während des Zeitraums, in dem keine Rückkehr möglich ist, zu gewährleisten. Ein Rechtsbehelf gegen eine Aufforderung zum Verlassen des Landes, deren Vollstreckung den Drittstaatsangehörigen einer ernsthaften Gefahr einer schweren und irreversiblen Verschlechterung seines Gesundheitszustands aussetzen könnte, muss aufschiebende Wirkung entfalten, da es sich sonst nicht um einen wirkamen Rechtsbehelf handelt<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Richtlinie [2005/29/EC](#).

<sup>2</sup> Kommission gegen Belgien, Rechtssache [C-421/12](#).

<sup>3</sup> Richtlinie [91/271/EEC](#), Kommission gegen Belgien, Rechtssache, [C-395/13](#).

<sup>4</sup> Verest und Gerards, Rechtssache [C-489/13](#).

<sup>5</sup> Abdida, Rechtssache [C-562/13](#).